Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2520**

16. Wahlperiode 05. 09. 2006

Antrag

der Abgeordneten Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Dr. Edmund Peter Geisen, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Dr. Heinrich L. Kolb, Hellmut Königshaus, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Wachstumsschädliche Mehrwertsteuererhöhung rückgängig machen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die aktuellen Konjunkturdaten zeigen eindeutig nach oben. Im zweiten Quartal des Jahres 2006 wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,9 Prozent. Positive Exportzahlen, eine angesprungene Binnenwirtschaft sowie eine sich leicht verbessernde Arbeitsmarktsituation u. a. wegen moderater Lohnzuwächse führen Monat für Monat zu höheren Steuereinnahmen des Staates. Allein beim Bund sind die Steuereinnahmen im Zeitraum Januar bis Juni um 9,4 Prozent auf 91,8 Mrd. Euro gestiegen. Bund und Länder gemeinsam profitierten im ersten Halbjahr von 7,5 Prozent Steuermehreinnahmen.

Bezogen auf das Jahr 2005 mit gesamtstaatlichen Steuereinnahmen in Höhe von 452,1 Mrd. Euro hat die letzte Steuerschätzung für das Jahr 2006 eine Steigerung von 3 Prozent und ein Steueraufkommen von 465,5 Mrd. Euro ergeben. Tatsächlich betrug das Wachstum bisher 7,5 Prozent. Setzt sich dieses Wachstum fort, betragen die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen 486 Mrd. Euro. Damit lägen die Steuereinnahmen des Staates um 20,5 Mrd. Euro über der Steuerschätzerprognose. Das Aufkommen aus der beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung wird demgegenüber für das Jahr 2007 mit 19,4 Mrd. Euro ausgewiesen. Bereits die Steuermehreinnahmen des Jahres 2006 übersteigen also die infolge der Mehrwertsteuererhöhung eingeplanten Mehreinnahmen.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer wird Konsum und Investitionen dämpfen und sich negativ auf die angesprungene Konjunktur auswirken. Der Abbau der Arbeitslosigkeit wird sich nicht fortsetzen. Steuer- und Beitragseinnahmen wer-

den in jedem Fall nicht mehr so stark steigen wie in diesem Jahr. Der Deutsche Bundestag spricht sich daher dafür aus, die Mehrwertsteuer nicht zum 1. Januar 2007 zu erhöhen. Es sind im Gegenteil weitere Maßnahmen zu ergreifen, die das Wirtschaftswachstum weiter beschleunigen. Dazu gehören insbesondere eine Deregulierung der Arbeitsmärkte und eine effektive Reform der sozialen Sicherungssysteme. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist nicht nur kontraproduktiv, sondern überflüssig.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, Gesetzentwürfe vorzubereiten, die

1. die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 zurücknehmen;
2. den Arbeitsmarkt verstärkt deregulieren und beschäftigungsfeindliche Regelungen konsequent abbauen;
3. die Sozialen Sicherungssysteme reformieren und über eine Lösung der Lohnkostenproblematik zu mehr Arbeit beitragen.

Berlin, den 5. September 2006

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333